LANDTAG
NIEDERSACHSEN

N i e d e r s c h r i f t

über die 154. - öffentliche - Sitzung

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

am 30. September 2026

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung: Seite:

a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2027 und 2028 (Haushaltsgesetz 2027/2028 - HG 2027/2028)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/11240 neu

b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2026 bis 2030**

Unterrichtung - Drs. 19/11406

Beratung des Entwurfs des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2027 und 2028

Einzelplan 07 - Kultusministerium

Vorstellung durch die Kultusministerin 3

Allgemeine Aussprache 10

Einzelberatung 25

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Dr. Andreas Hoffmann (GRÜNE), stellvertretender Vorsitzender
2. Abg. Jan-Philipp Beck (SPD)
3. Abg. Jörn Domeier (SPD)
4. Abg. René Kopka (SPD)
5. Abg. Dr. Dörte Liebetruth (SPD)
6. Abg. Björn Meyer (SPD)
7. Abg. Melanie Reinecke (CDU)
8. Abg. Jörn Schepelmann (CDU)
9. Abg. Claus Seebeck (CDU)
10. Abg. Ulf Thiele (CDU)
11. Abg. Pippa Schneider (GRÜNE)
12. Abg. Jessica Schülke (i. V. des Abg. Peer Lilienthal) (AfD)

Von der Landesregierung:

Ministerin Hamburg (MK).

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Armbrecht.

Niederschrift:

Parlamentsredakteur Dr. Zachäus, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 14:01 Uhr bis 15:44 Uhr.

Tagesordnung:

a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2027 und 2028 (Haushaltsgesetz 2027/2028 - HG 2027/2028)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/11240 neu

b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2026 bis 2030**

Unterrichtung - Drs. 19/11406

Zu a) erste Beratung: 96. Plenarsitzung am 09.09.2026
federführend: AfHuF
mitberatend: ständige Ausschüsse und Unterausschüsse

Zu b) gemäß § 62 Abs. 1 GO LT überwiesen am 26.08.2026
federführend: AfHuF
mitberatend: ständige Ausschüsse und Unterausschüsse

Beratung des Entwurfs des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2027 und 2028

Einzelplan 07 - Kultusministerium

Vorstellung durch die Kultusministerin

Ministerin **Hamburg** (MK): Ich freue mich sehr, heute hier sein zu dürfen und Ihnen den Haushalt des Kultusministeriums für die kommenden zwei Jahre vorzustellen.

Vorweg lassen Sie mich bitte den Kolleginnen und Kollegen des Kultusministeriums, aber auch des Finanzministeriums ganz herzlich danken. Was Sie hier in Zahlen gegossen sehen, ist eine riesige Aufgabe bzw. Herausforderung. Diese wurde ausgesprochen zielorientiert umgesetzt. Es gab viele Hinweise, Zuarbeit und Zusammenarbeit, die ich an dieser Stelle wertschätzen möchte.

Sie können dem Haushaltsplanentwurf entnehmen, dass es uns trotz einer schwierigen Haushaltslage aufgrund der wirtschaftlichen Situation gelungen ist, einen so starken Fokus auf die Themen Bildung, Schule, Bildungsqualität und auch Bildungsgerechtigkeit zu legen. Das freut mich. Wir leisten mit diesem Haushaltsplanentwurf wirklich einen Beitrag dazu, dass alle Kinder von Anfang an gute Startbedingungen haben, denn wir investieren deutlich sowohl in die frühkindliche Bildung als auch in das Schulwesen.

Die Schwerpunktsetzung auf den Bildungsbereich ist mit Blick auf die Zahlen mehr als eine Überschrift, sondern konkret hinterlegt: Der Kultusetat steigt im Jahr 2027 um rund 100 Mio. Euro auf künftig 9,7 Mrd. Euro. Im darauffolgenden Jahr 2028 erhöht sich der Ansatz erneut auf rund 9,75 Mrd. Euro. Der Anteil am Gesamthaushalt bleibt damit weiterhin bei rund 20 % und bildet somit einen Schwerpunkt.

In diesem Bildungshaushalt setzen wir klare Schwerpunkte: Wir halten Kurs beim „Weg der 1 000 Schritte“, also der Fachkräftegewinnung und der zusätzlichen Einstellung von Lehrkräften. Das ist am wichtigsten. Wir sichern den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung durch zusätzliche Lehrkräftestellen und eine kräftige Erhöhung des Schulbudgets. Wir stärken die multiprofessionellen Teams mit zusätzlichen 484 Beschäftigungsmöglichkeiten. Zudem ermöglichen wir durch digitale Endgeräte ab der Klasse 7 modernes Lernen und gerechte Chancen - ein echter Modernisierungsschub für unsere Schulen. Wie Sie bereits wahrgenommen haben, sichern wir auch die Administration der Endgeräte ab. Die Einigung mit den kommunalen Spitzenverbänden in dieser Sache freut mich sehr, weil wir die Schulen bei diesem Thema nicht alleine lassen.

Darüber hinaus werden wir die niedersächsischen Kommunen ganz erheblich unterstützen, indem wir eine zusätzliche Investitionsförderung für den Bereich der Kindertagesstätten und der Ganztagsbetreuung auf den Weg bringen. Hierfür stellen wir 250 Mio. Euro aus dem bereits bekannten Länder- und Kommunalinfrastrukturfinanzierungsgesetz des Bundes zur Verfügung.

Insofern sehen Sie, dass trotz angespannter Haushaltslage Bildung für uns ein Schwerpunkt ist. Wir finden es wichtig, unsere Hausaufgaben in diesem Bereich zu machen und die Dinge konsequent fortzuführen.

Personalausstattung der allgemeinbildenden Schulen

Beim Thema Personalausstattung der allgemeinbildenden Schulen wenden Sie sich regelmäßig an uns mit dem Hinweis auf akute Probleme vor Ort. Lassen Sie mich daher tiefer auf dieses Thema eingehen.

Mit einem Ansatz von 6,85 Mrd. Euro in 2027 und 6,98 Mrd. Euro in 2028 machen die Personalausgaben wie eigentlich jedes Jahr den mit Abstand größten Anteil am Kultushaushalt aus. Wir werden in 2027 und 2028 insgesamt 1 805 zusätzliche Lehrkräftestellen im finanziellen Umfang von rund 130,8 Mio. Euro dauerhaft zur Verfügung stellen. Das ist die Zahl, die wir erhalten, wenn wir darauf schauen, welche Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst ihren Abschluss machen werden und von uns im Rahmen der Einstellungsdurchgänge im nächsten Jahr und für den Februar 2028 über die durch Pensionierung zu kompensierenden Stellen hinaus eingestellt werden können. Sie wissen, dass nach der Landtagswahl ein Nachtragshaushalt verabschiedet werden wird, sodass man für den Fall, dass man für den 1. August 2028 weitere Stellen benötigt, die Gelegenheit zum Nachsteuern erhält. Diese Entscheidung jetzt vorwegzunehmen, wäre nicht seriös. Doch bis zum Einstellungsdurchgang im Februar 2028 können wir sehr präzise kalkulieren. Durch die neuen Stellen wird sichergestellt, dass wir allen Lehramtsabsolventinnen und -absolventen ein Einstellungsangebot machen können. Das heißt, wir können die Kräfte, die wir auf dem Markt bekommen können, auch tatsächlich einstellen, um bei steigenden Schülerzahlen unsere Unterrichtsversorgung weiter zu stabilisieren bzw. sogar zu verbessern.

Es ist aber wichtig, sich diesbezüglich die gesamte Legislaturperiode anzuschauen, denn in Summe werden wir bis zum Ende dieser 5 600 zusätzliche *neue* Stellen - also wirklich keine bereits vorhandenen - für Lehrkräfte geschaffen und besetzt haben. Das entspricht einem jährlichen Gesamtvolumen von 414 Mio. Euro. Ich glaube, wenn wir dies zu Beginn der Legislaturperiode angekündigt hätten, hätte es mir niemand geglaubt. Das zeigt aber auch, welchen erheblichen Kraftakt das Kultusministerium und die Regionalen Landesämter betreiben, um hier

Stellen gewinnen und auch besetzen zu können. Daher möchte ich auch hier meinen herzlichen Dank an die zuständigen Mitarbeitenden richten.

Das Personalkostenbudget für die Lehrkräfte liegt 2027 bei 4,9 Mrd. Euro und steigt 2028 auf rund 5,9 Mrd. Euro. Das Beschäftigungsvolumen erhöht sich in 2027 auf 65 684 Vollzeiteinheiten (VZE) und in 2028 auf rund 67 029 VZE. Im Vergleich zum Beginn dieser Legislaturperiode stehen somit rund 10 % mehr VZE zur Verfügung - eine immense Steigerung.

Auch im Bereich der multiprofessionellen Teams sind wir große Schritte gegangen. Denn natürlich besteht die Schule heutzutage aus deutlich mehr als Lehrkräften. Hier arbeiten sowohl, gerade mit Blick auf die Inklusion sowie hinsichtlich der Beschulung von Schülerinnen und Schülern in Förderschulen, pädagogische Mitarbeitende als auch Menschen in der Schulsozialarbeit. Für beide Bereiche sehen wir im Doppelhaushalt jährlich sowohl für 2027 als auch 2028 eine Steigerung um jeweils 100 VZE vor.

Ganztag

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung und dessen Umsetzung ist für die Landesregierung ein besonders wichtiges Thema, und es ist auch für die Schulen durchaus herausfordernd. An dieser Stelle haben wir in den vergangenen Jahren intensiv die Rahmenbedingungen dafür geschaffen, dass dies in der Schule stattfinden kann, so der Schulträger entscheidet, dass es in der Schule stattfinden soll. Ich möchte in diesem Kontext noch einmal betonen, dass wir natürlich auch die Finanzhilfe für die Horte weiterhin vorsehen, wenn Schulträger oder auch der Jugendhilfeträger, der bekanntlich rechtlich zuständig ist, das für sich jeweils anders entscheiden.

Wir haben in dem Zusammenhang zusätzliche Lehrkräftestellen zur Verfügung gestellt. Das sind in voller Jahreswirkung 227 VZE in 2026, 456 VZE in 2027, 680 VZE in 2028 und 896 VZE in 2029. Wir haben hierfür bereits im letzten Haushalt zur Sicherstellung des Rechtsanspruchs die im Schulbudget dargestellten Bundesmittel in das Personalkostenbudget für Lehrkräfte verlagert und werden darüber hinaus im Doppelhaushalt zusätzliche 241 VZE zugestehen.

Wie Sie wissen, haben wir aber gar nicht die Lehrkräfte, um für alle Schulen ausreichend Lehrkräfte für den Ganztag zur Verfügung zu stellen. Das ist aber auch gar nicht sinnvoll, weil auch die Ganztagsschulen natürlich mehr sind als die Lehrkräfte. Schulen werden daher auch Erzieherinnen und Erzieher sowie pädagogische Mitarbeitende einstellen oder werden Kooperationsverträge mit Sportvereinen, Musikschulen und anderen abschließen. Auch das kostet natürlich Geld. Deswegen stocken wir das Schulbudget ab 2027 um 57 Mio. Euro auf. Denn die Jahrgänge wachsen jetzt sukzessive auf, und damit muss natürlich auch mehr Geld zur Verfügung gestellt werden, um den Rechtsanspruch auf Ganztag finanzieren und auch umsetzen zu können. Sie kennen die Debatten aus den Schulen vor Ort.

Schulbudget

Das Schulbudget beschäftigt die Schulen seit mehreren Jahren, weil es seit 2024 nicht mehr über ist. Früher gab es immer Reste, im Zuge dessen uns das Finanzministerium gesagt hat, das sei zu viel, wir müssten da abschmelzen. Mittlerweile schreiben die Schulen regelmäßig rote Zahlen, weil über das Schulbudget Personal bezahlt wird, zum Beispiel die Tarifsteigerungen zu zusätzlichen Kosten führen und darüber hinaus jetzt weitere Aufgaben, wie der Rechtsanspruch auf

Ganztag, damit umgesetzt werden müssen. Deswegen haben wir das Schulbudget deutlich erhöht, um an dieser Stelle die Auskömmlichkeit zu gewährleisten.

Um die Tarifsteigerung abzufedern, haben wir zusätzlich 19 Mio. Euro bereitgestellt. Die 57 Mio. Euro für den Ganztag habe ich schon angesprochen. Darüber hinaus werden wir auch das Basisbudget um 2 Mio. Euro anheben, um die Auskömmlichkeit des Schulbudgets für die nächsten Jahre zu gewährleisten. Auch 2028 wird es eine weitere Steigerung geben, um den Kostensteigerungen zu begegnen. Wir haben insofern gegenüber dem Ansatz von 2026 in Höhe von rund 191 Mio. Euro eine Steigerung von mehr als 40 % im Schulbudget vorgenommen.

Digitalisierung

Ein weiteres für uns wichtiges Thema der vergangenen Jahre ist die Digitalisierung an den Schulen. Moderne Schule funktioniert nicht mehr nur mit der Kreidetafel, die es vielfach auch gar nicht mehr in den Schulen gibt, oder mit Büchern, sondern auch mit digitalen Endgeräten und Smartboards. Das macht Lernen attraktiver. Man kann viel stärker und zielgenauer fördern und Kinder beispielsweise sehr individuell auch im Bereich der Sprachförderung unterstützen. Insofern sind digitale Endgeräte ein Garant für attraktiveres Lernen, aber natürlich auch für Individualisierung und Entlastung der Lehrkräfte.

Wir haben, wie Sie wissen, 800 Mio. Euro vorgesehen, um im gesamten Mipla-Zeitraum die digitalen Endgeräte ab Jahrgang 7 zu finanzieren. Diese werden für jeden siebten Jahrgang bestellt und wachsen sozusagen schrittweise auf. In diesem Jahr sind wir gestartet. Auch hier möchte ich allen Beteiligten, sowohl im Kultusministerium als auch bei IT.Niedersachsen, ganz herzlich für die Umsetzung danken, die für ein Projekt dieser Größenordnung wirklich reibungslos verlaufen ist bzw. noch verläuft. Uns ist wichtig, dass alle Schülerinnen und Schüler an der digitalen Arbeit in den Schulen teilhaben können, und zwar ganz unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten ihres Elternhauses.

Uns ist es gelungen, mit den Schulträgern eine Einigung zu erzielen. Wir geben den Schulträgern pro Gerät, das sie administrieren, 125 Euro. Darüber hinaus haben wir auch die Thematik der IT-Administration grundsätzlich mit ihnen verhandelt. Deswegen werden wir den Schulträgern künftig nicht mehr 11 Mio. Euro, sondern 23,5 Mio. Euro geben, weil die Kosten seit der letzten Verhandlung vor mehreren Jahren doch deutlich angestiegen sind. Wir wollen den Aufwendungen der Schulträger hier Rechnung tragen.

Auch darüber hinaus sind die Themen der IT-Infrastruktur für uns natürlich besonders entscheidend und wichtig. Deshalb sehen wir in 2027 rund 14,5 Mio. Euro und 2028 14,6 Mio. Euro für die IT-Infrastruktur vor.

Das Thema Medienbildung finden Sie mit rund 3,6 Mio. Euro in 2027 ebenfalls abgebildet. Wenn Sie sich jetzt fragen, warum dieser Ansatz in 2028 sinkt: Das liegt daran, dass wir mit dem Digitalpakt 2.0 künftig die Möglichkeit haben, länderübergreifende Maßnahmen und Maßnahmen der Medienbildung wieder über Bundesmittel zu finanzieren. Sie wissen, dass sich der Bund hier in den vergangenen Jahren nicht mehr beteiligt hat, weshalb wir vieles auffangen mussten. Künftig werden wir aber den Digitalpakt 2.0 haben und können ihn hier an dieser Stelle auch nutzen. Für Niedersachsen bedeutet der Digitalpakt 2.0 weitere rund 212 Mio. Euro an Bundesmitteln. Davon werden rund 11 Mio. Euro für die Finanzierung länderübergreifender Vorhaben sowie

201 Mio. Euro für landesbezogene Maßnahmen vorgesehen, die unseren Schulen hier sehr konkret zugutekommen sollen. Mit Blick auf den erforderlichen Eigenanteil, den Niedersachsen hier leisten muss, haben wir haushalterische Vorsorge getroffen und 47 Mio. Euro eingestellt, um diese Kofinanzierung erbringen zu können.

Berufliche Bildung

Die berufsbildenden Schulen leisten einen riesigen Beitrag in Niedersachsen in ganz vielen verschiedenen Bereichen.

Ich beginne mit einem Thema, das nicht originär mit den BBSen zu tun hat, aber an diesen geschieht: die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher. Diese hat in den vergangenen Jahren einen Rekord erlebt: Wir haben über 20 000 Erzieherinnen und Erzieher sowie Sozialassistentinnen und Sozialassistenten in der Ausbildung. Eine großartige Zahl. Gerade angesichts des Fachkräftemangels, den wir in diesem Bereich noch haben, ist es relativ naheliegend, dass wir diesen Trend in den nächsten Jahren noch fortsetzen wollen. Deswegen freut es mich, dass es uns gelungen ist, den kw-Vermerk für die zusätzlichen Stellen in diesem Bereich bis einschließlich 2028 zu verlängern, damit wir auch weiter die Ausbildung für die Kräfte durchführen können, die wir hier dringend brauchen.

Insgesamt steigt das Personalkostenbudget im BBS-Bereich auf rund 853 Mio. Euro. Das entspricht einem Beschäftigungsvolumen von rund 11 227 VZE und wird im Jahr 2028 auf 860 Mio. Euro ansteigen, was rund 11 269 VZE entspricht.

Auch an den berufsbildenden Schulen ist es wichtig, diese multiprofessionell zu denken, denn auch sie sind heute deutlich mehr als nur die Lehrkräfte. Deswegen freut es mich, dass es uns in dieser Legislaturperiode auch durch das Engagement unserer Abteilung 4 gelungen ist, unbefristete Beschäftigungsmöglichkeiten für nicht lehrendes Personal zu schaffen. Wie Sie wissen, haben wir in den vergangenen Jahren bereits 148 Stellen hierfür geschaffen und werden jetzt für die kommenden zwei Jahre jeweils 42 VZE zur Verfügung stellen, um auch hier den Aufbau der multiprofessionellen Teams gewährleisten und Schülerinnen und Schüler intensiver begleiten zu können. Sowohl bei der Berufsorientierung als auch im Bereich der Integration leisten diese einen wirklich wichtigen Beitrag. Wenn Sie das einmal ins Verhältnis setzen wollen: Wir haben 137 berufsbildende Schulen; Sie können sich vorstellen, was 42 zusätzliche Stellen für das System bedeuten.

Ein weiteres Thema ist mir besonders wichtig und fällt in den Bereich der Entbürokratisierung. Sie alle kennen die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung in Niedersachsen. Sie hat für die Auszubildenden einen echten Mehrwert, um in ihrer Fachlichkeit in der Breite ausgebildet und begleitet zu werden und auch um zum Beispiel mit modernen Geräten arbeiten zu können, denn Betriebe können nun mal nicht in allen Bereichen umfassend ausbilden. Die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung war bisher immer über die ESF+-Mittel finanziert. Das bedeutete für die Handwerks- und die Industrie- und Handelskammern einen riesigen bürokratischen Aufwand. Auch ließen sich Projekte nicht so realisieren, und in der Begrenzung wurden wir sehr stark reglementiert. Deswegen freut es mich sehr, dass das Kabinett entschieden hat, künftig nicht mehr ESF+-Mittel hierfür zu verwenden - und damit diese Bürokratie in Kauf zu nehmen -, sondern tatsächlich Landesmittel einzusetzen und die ESF+-Mittel für etwas anderes zu verwenden. Das ist einfach deutlich praxisnäher und ermöglicht auch ganz andere Flexibilitäten. Insofern haben

wir hierfür Landesmittel für 2027 in Höhe von 2,74 Mio. Euro und ab 2028 rund 6 Mio. Euro vorgesehen. Denn in den vergangenen Jahren gab es ja immer wieder Steigerungsraten des Bundes. Wenn diese dann erfolgen, würden wir sie natürlich nachvollziehen.

Schulen in freier Trägerschaft

Im Bereich der Schulen in freier Trägerschaft ist in den vergangenen Jahren bekanntlich schon eine Menge passiert. Wir haben hier eine neue Formel eingeführt, die zu zusätzlichen Mitteln führt. Wir haben auch die Schulsozialarbeit und den Ganztag berücksichtigt. 2027 beträgt die Finanzhilfe rund 527 Mio. Euro und steigt in 2028 um 13 Mio. Euro auf rund 540 Mio. Euro.

Darüber hinaus finden Sie in diesem Haushaltstitel eine Vorsorge für die Umwandlung von Tagesbildungsstätten. Sie wissen, dass sich diese jetzt sukzessive in Förderschulen umwandeln müssen. Die Schulträger entscheiden sich in weiten Teilen sogar dazu, sie zu Schulen in freier Trägerschaft umzuwandeln. Dafür haben wir eine Vorsorge von rund 3 Mio. Euro in 2027 und rund 6 Mio. Euro im Folgejahr vorgesehen.

Werden die Tagesbildungsstätten jetzt umgewandelt, so werden wir auch weite Teile der Eingliederungshilfe des Sozialministeriums, die derzeit für die Tagesbildungsstätten verwendet wird, dann für die Schulen in freier Trägerschaft verwenden. Hierzu werden wir am Ende eines jeweiligen Haushaltsjahres mit dem Sozialministerium die entsprechenden Mittelverlagerungen abrechnen.

Frühkindliche Bildung

Der Bereich der frühkindlichen Bildung ist mit einem Ansatz von rund 1,95 Mrd. Euro der zweitgrößte Posten des Kultushaushalts. Der bereits hohe Ansatz der Landesfinanzhilfe wird noch einmal gesteigert.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle etwas erörtern: Der Mittelansatz im Haushaltsplan sinkt nach aktuellem Stand in 2028 auf rund 1,86 Mrd. Euro ab. Der Grund hierfür liegt darin, dass wir für den kommenden Doppelhaushalt keine Mehrbedarfe veranschlagt haben, weil wir nach wie vor, wie Sie wissen, sehr hohe Ausgabereste haben, die wir zunächst weiter abbauen werden.

Ab dem 1. August 2027 finanzieren wir in diesem Haushalt den Einsatz von dritten Kräften in den Kindergartengruppen. Hierfür stellt das Land bis 2030 rund 450 Mio. Euro bereit, und auf die Haushaltsjahre 2027 und 2028 entfallen rund 180 Mio. Euro.

Darüber hinaus ist derzeit leider noch sehr offen, was eigentlich mit dem Kita-Startchancen- und Qualitätsentwicklungsgesetz passiert. Das ist für uns sehr ärgerlich, weil wir, wie Sie wissen, auf dieses Geld maximal angewiesen sind. Der Bund hat in seiner Koalitionsvereinbarung entschieden, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen. - Übrigens stand das schon zweimal zuvor in Koalitionsvereinbarungen, nicht, dass hier der Eindruck entsteht, ich würde suggerieren, dass dies die erste Regierung sei, bei der die Umsetzung dieses Themas wackele. Das steht mir natürlich vollkommen fern. - Und der Bund hat jetzt überlegt, dass es eine gute Idee sei, zu Beginn Geld zur Verfügung zu stellen und die Summe dann abzuschmelzen, gleichzeitig das Ganze aber mit Personalstandards zu verbinden, die es zu Beginn nicht gibt, die aber aufwachsen sollen. Das ist natürlich unlogisch, weil bei den Ländern das Geld erst später benötigt werden wird und wir keine Personalstandards ohne Geld finanzieren können - Sie kennen unsere Haushaltslage, die

ist durchaus eng. Wenn wir jetzt für Personalstandards noch einen hohen dreistelligen Millionenbetrag finden müssten, ist relativ naheliegend, dass wir das nicht könnten.

Insofern sind wir darauf angewiesen, dass uns der Bund eine Planungssicherheit gewährleistet und diese Gelder auch zur Verfügung stellt. Deshalb setzen wir uns gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten und allen anderen Bundesländern auch mit Kräften dafür ein, dass der Bund hier seiner Verantwortung nachkommt und der frühkindlichen Bildung zusätzliches Geld zur Verfügung stellt. Ich bin etwas hoffnungsvoll, weil Bundeskanzler Friedrich Merz nach dem PISA-Schock gesagt hat, es muss mehr Geld in die Bildung fließen. Sinnvollerweise fangen wir bei den Kitas an, und ich baue sehr darauf, dass wir an dieser Stelle eine Umsetzung in unserem Sinne finden.

Darüber hinaus sehen wir 5 Mio. Euro zusätzlich für den Ausbau und die Stärkung der pädagogischen Fachberatung vor. Diese wollen wir künftig mit dem Kindertagesstättengesetz umsetzen. Und wir wollen die besondere Finanzhilfe für die Sprachförderung in den Kitas künftig dynamisieren. Wir alle sind uns, glaube ich, einig, wie wichtig das ist. Wenn man an dieser Stelle nicht dynamisiert, hierüber aber Personal beschäftigt, führt das am Ende irgendwann zu faktischen Kürzungen. Insofern freue ich mich sehr, dass das Kabinett beschlossen hat, hier eine Dynamisierung vorzusehen.

Des Weiteren hatte ich schon angekündigt, dass wir ein Investitionsförderprogramm für die Bereiche Kindertagesstätten und Ganztagsbetreuung planen - 250 Mio. Euro zusätzlich. Sie wissen, die Kommunen haben sich regelmäßig beschwert und wollen ein neues KIP, also ein Investitionsprogramm für die Kitas. Hier gab es bekanntlich die RAT-Mittel und die RIT-Mittel und seitdem nichts mehr. Daher ist es gut, dass wir den Kommunen noch einmal Gelder zur Verfügung stellen, insbesondere, weil sie aufgrund der veränderten Kinderzahlen auch Anpassungen an den Kitas vornehmen müssen. Einige müssen durchaus saniert werden; in einigen Regionen braucht es neue Plätze, in anderen neue Nutzungskonzepte. Insofern ist das sicherlich gut ausgegebenes Geld. Sie haben sich schließlich auch schon mehrfach an mich gewendet und darauf hingewiesen, dass die Investitionsmittel des Bundes für den Ganztag nicht reichen. Insofern werden wir auch hier den Ganztag mitberücksichtigen. Das ist für uns ein wichtiges Thema, um die Kommunen finanziell bei dieser wichtigen Aufgabe zu unterstützen.

Politische Liste und weitere Förderungen

Wie Sie wissen, gab es in den vergangenen Jahren auch immer wieder über die sogenannte politische Liste zusätzliche Mittel für das Kultusministerium. Hierfür möchte ich mich an dieser Stelle auch noch einmal ganz herzlich bedanken. Den Abgeordneten des Landtags war in den vergangenen Jahren sehr wichtig, dass wir zusätzliche Mittel sowohl in den Bereich der Demokratiebildung investieren als auch in den Bereich der Bildungsinnovation, Bildungsqualität und Bildungsgerechtigkeit sowie in das Thema psychische Gesundheit von Schülerinnen und Schülern. Denn schauen wir uns die Studienlage an, können wir nur betroffen sein, wie es unseren Schülerinnen und Schülern derzeit geht. Deshalb war es uns ein großes Anliegen, die Mittel hier zusätzlich weiter zur Verfügung zu stellen, um die begonnenen Impulse fortzusetzen, weiterzuentwickeln und in den Schulen gerade diese Schwerpunktthemen noch einmal intensiv zu implementieren. Dazu gehört auch die Fortsetzung von Leseförderprogrammen, von Eine-Welt-Promotorenprogrammen und viele weitere Themen, zu denen Sie sich regelmäßig in Briefen an mich wenden und für eine Fortsetzung dieser geworben haben.

Im vergangenen Jahr gab es bekanntlich Verstimmungen darüber, dass wir das Thema jüdisches Leben als Ministerium im Haushalt aufgegriffen hatten. Das war ja immer wieder ein Thema, und das haben wir dieses Mal nicht getan. Sie als Abgeordnete sind hier natürlich regelmäßig mit allen Vertreterinnen und Vertretern im Gespräch und entwickeln gemeinsam Ideen. Insofern obliegt das Thema Ihnen.

Ich möchte noch auf ein kleines Thema hinweisen, über das ich mich aber sehr freue und wovon ich mir eine große Wirkung erhoffe. In der Verwaltung gibt es bekanntlich im Allgemeinen einen starken Fachkräftemangel. Wir haben bei der Gewinnung von Verwaltungskräften in unseren Regionalen Landesämtern wirklich große Schwierigkeiten. Daher kam in den Regionalen Landesämtern die Idee auf, ein Ausbildungsprojekt in diesen zu starten, in der Hoffnung, dass die Klebeeffekte - und davon bin auch ich überzeugt - dazu führen, dass Menschen in den Regionalen Landesämtern nach ihrer Ausbildung bleiben, um dort gerne weiterzuarbeiten. Aus diesem Grund haben wir ein dreijähriges Pilotprojekt gestartet. Wir sehen jährlich bis zu 20 Auszubildende vor, um hier in die eigene Personalakquise zu gehen. Das wird in Zeiten von zunehmendem Fachkräftemangel einfach immer relevanter.

Gedenkstätten

Das Thema Gedenkstätten eint uns alle, und hier arbeiten wir auch intensiv im Stiftungsrat gemeinsam. Es freut mich, dass der Ansatz hier in 2027 auf 6,92 Mio. Euro und im Folgejahr auf 8,76 Mio. Euro erhöht wird. Das erfolgt entsprechend der Bedarfe, die durch Tarifsteigerungen, die Gedenkfeier etc. an dieser Stelle anfallen. Darüber hinaus wissen Sie, dass wir im vergangenen Jahr 34 Mio. Euro für Investitionen zur Verfügung gestellt haben. Diese befinden sich gerade in der Umsetzung.

Landeseigene Schulen (Einzelplan 20)

Wir haben als Land Niedersachsen bekanntlich auch drei eigene Schulen: unsere Internatsgymnasien. Mich freut sehr, dass wir die Investitionsmittel, die uns der Bund dankenswerterweise zur Verfügung gestellt hat, auch nutzen werden, um unsere Internatsgymnasien infrastrukturell zu ertüchtigen. Hierfür sehen wir 62 Mio. Euro vor.

Falls Sie schon einmal bei ihnen vor Ort waren, haben Sie eine Idee davon, dass wir hier investieren sollten und gut daran tun, unsere eigenen Schulen so aufzustellen, dass sie auch attraktiv sind. Insofern freut es mich, dass wir dank der Bundesinvestitionsmittel viel mehr Spielräume haben, hier als Landesregierung kräftig zu investieren.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen aufzeigen, dass die Landesregierung einen wirklich starken Fokus auf das Thema Bildung gelegt hat und auch legen möchte, und hoffe auch, dass unsere Ausführungen Sie überzeugen, im Dezember diesem Haushalt Ihre Zustimmung zu erteilen.

Allgemeine Aussprache

Abg. **Ulf Thiele** (CDU): Herzlichen Dank für die Einbringung des Einzelplans, Frau Ministerin. Sie werden verstehen, dass es innerhalb der CDU-Fraktion bezüglich der Zustimmung zu Ihrem Einzelplan zumindest punktuell noch die eine oder andere Frage gibt und ein paar Vorbehalte geben könnte.

Zunächst will ich aber ausdrücklich Danke sagen, nachdem heute Vormittag von den die Regierung tragenden Fraktionen das Signal gekommen ist, dass es dieses Mal Potenzial für einen gemeinsamen Antrag zum Thema Bekämpfung des Antisemitismus gibt und wir das miteinander bewerkstelligen können.

Bei den Gedenkstätten habe ich Sie so verstanden, dass es hier zurzeit keine offenen Fragestellungen gibt, sodass wir an dieser Stelle hinsichtlich der Investitionen und Ähnlichem nichts mehr miteinander vereinbaren müssen.

Ich habe im Kern zunächst einmal drei Hinweise bzw. Fragestellungen:

Erstens, das Thema Personalaufwuchs, den wir grundsätzlich begrüßen. Wir haben schon in den letzten Haushaltsberatungen darauf hingewiesen, dass es an der einen oder anderen Stelle mit Blick auf die Unterrichtsversorgung Handlungsbedarf gibt. Uns stellt sich die Frage, ob sichergestellt ist und zu welchen Einstellungsterminen sichergestellt ist - Sie haben diesbezüglich gerade schon ein paar Ausführungen gemacht -, dass die Stellen, die wir jetzt im Haushaltsplanentwurf sehen, tatsächlich auch besetzbar sind, sodass wir möglicherweise zu einem tatsächlichen Aufwuchs und damit zu einer Verbesserung der Unterrichtsversorgung kommen.

Hier schließt der zweite Teil der Frage an: Führt dieser Personalaufwuchs nach jetziger statistischer Lage der Unterrichtsversorgung tatsächlich zu einer Veränderung im positiven Sinne oder gleicht er Mehrbedarfe aus, die es im System an unterschiedlichen Stellen gibt, möglicherweise aufgrund von Veränderungen der Schülerzahlen, zusätzlichen Angeboten, die vom Gesetzgeber vorgegeben werden, und Ähnlichem?

Zweite Frage: Es gab gerade erst eine erneute intensive Diskussion über die Ergebnisse der PISA-Studie, insbesondere mit Blick auf die Lesefähigkeit und die Grundlagenfähigkeiten im Bereich der MINT-Fächer - Stichwort Mathematikkompetenz und Ähnliches - der Schülerinnen und Schüler. In diesem Haushaltsplanentwurf sehen wir keine Antwort des Kultusministeriums, um an dieser Stelle zu einer echten Kompetenzstärkung der Kinder, insbesondere im vorschulischen und im Primarbereich, zu kommen. Das geht nicht nur mit Geld und Personal, das geht - auch mit Blick auf die Kita-Ebene - im Zweifel auch mit gesetzgeberischen Maßnahmen, mit Veränderungen von Kerncurricula und Ähnlichem. Aber im Regelfall korrespondiert das bekanntlich mit Haushaltsstellen, die dann entsprechend angepasst werden sollen. Vielleicht können Sie uns erläutern, wo wir Dinge aus Ihrer Sicht nicht sehen, die Sie an dieser Stelle schon steuern, oder wo Sie selbst möglicherweise auch noch Nachsteuerungsbedarf sehen.

Dritte Frage im Investivbereich: Sie haben das Thema Tablets angesprochen. Uns ist aufgefallen - es ist in der vorvergangenen Woche auch schon einmal durch den Finanzminister kurz erläutert worden -, dass es hier eine Veränderung gegeben hat, da man festgestellt hat, dass bestimmte Bestandteile dessen, die man bisher investiv deklariert hatte, am Ende keine investiven Ausgabenpositionen sind. Können Sie uns den Mechanismus, den Sie da jetzt angelegt haben,

erläutern? Welche Teile haben Sie hier aus den Bundesmitteln herausgenommen? Wie sind die kompensiert worden? Wie sind die Mittel, die dadurch frei geworden sind, anderweitig für welche Dinge eingesetzt worden? Und wie ist der Bezug zwischen SVIK einerseits und den normalen Haushaltsstellen im laufenden Einzelplan 07 andererseits?

In dem Zusammenhang wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns zusätzlich den aktuellen Stand der Ausrüstung der Schulen mit den Tablets referieren könnten. Wir würden gerne wissen, wo wir jetzt stehen. Ursprünglich war ja mal angekündigt, zum Schuljahresbeginn zu starten. Dann lautete die nächste Ankündigung „im ersten Schulhalbjahr“, wenn ich das richtig erinnere. Wie viele Prozent der bestellten Tablets sind inzwischen ausgeliefert, und wie viel fehlt noch? Wann ist mit der Auslieferung der restlichen bestellten Tablets zu rechnen? Wie verteilt sich das auf die Produkte, die den Schulen angeboten worden sind? Es hat sich, wenn ich das richtig erinnere, am Ende insbesondere auf die beiden Marken Apple und Samsung konzentriert. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns einen aktuellen Lagebericht geben könnten. Vielen Dank.

Ministerin **Hamburg** (MK): In der Tat ist im Bereich der Gedenkstätten gegenwärtig nichts offen. Wir werden aber auch noch eine weitere Sitzung haben; anlässlich derer könnte Frau Gryglewski ansonsten dazu ja auch Stellung nehmen.

Das Thema jüdisches Leben, Antisemitismus, Haus der Religionen ist der Themenbereich, der an dieser Stelle offengeblieben ist oder wo sich die Frage stellt, was wir diesbezüglich mit dem kommenden Haushalt machen wollen und werden.

Thema Personalaufwuchs: Das berechnen wir in der Tat so. Wir schauen, wer voraussichtlich in den Ruhestand geht und wie viele Stellen wir dann haben. Das gleichen wir mit der Frage ab, wer in Niedersachsen sein Referendariat abschließt und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Es gibt dann noch kleinere Effekte: Zum Beispiel kommen Menschen aus dem Mutterschaftsurlaub, der Elternzeit oder nach einer längeren Erkrankung zurück etc. Auch hierfür müssen wir natürlich Stellen vorhalten. Und dann ist die Rechnung relativ einfach: Menschen, die den Vorbereitungsdienst beenden, minus ausscheidende Lehrkräfte gleich die Zahl der Stellen, die wir einstellen. Etwas komplizierter ist es dann doch, weil es eben noch die genannten kleineren Effekte gibt. In den vergangenen Jahren waren unsere Kalkulationen aber ehrlich gesagt sehr punktgenau. Das ist in diesem großen System auch gar nicht so einfach.

Wir haben in den vergangenen Jahren bereits 3 860 neue Stellen zur Verfügung gestellt, und die können wir auch besetzen. Wir haben hier also nicht irgendwelche Reste zu verzeichnen, sondern wir brauchen diese 1 805 Stellen tatsächlich, um in den nächsten Jahren auch allen ein Einstellungsangebot machen zu können.

Sie fragten nach der Unterrichtsversorgung. Mein bzw. unser Anspruch ist natürlich, sie weiter zu verbessern. Das wird aber noch ein paar Jahre dauern, weil, wie Sie sagten, zurzeit eine große Anzahl Schülerinnen und Schüler im Schulsystem ist oder ins Schulsystem kommen wird und dieses erst durchlaufen muss. Insofern arbeiten wir mit den Einstellungen zurzeit gegen diese Schülerinnen- und Schülerzahl an. Aber ich kann nicht sagen, dass wir diese 1 800 Stellen ausschreiben und dann bei 100 % Unterrichtsversorgung sind. Trotzdem konnten wir die Unterrichtsversorgung schon leicht verbessern, und das trotz des Rechtsanspruchs auf Ganztag, der zusätzliche Ressourcen benötigt, und der zusätzlichen Stunden in den Grundschulen in Deutsch und Mathematik. - Letzteres beantwortet anteilig vielleicht auch schon Ihre Frage nach unseren

Antworten auf die PISA-Ergebnisse. - 2022 waren erstmalig wieder sinkende Geburtenraten zu verzeichnen. Sie können sich das ausrechnen: 2028 wird somit der erste Jahrgang sein, in dem sich die Lage ein Stück weit entspannt.

Die Unterrichtsversorgung wird sich letztlich ohnehin verbessern, weil wir jetzt Lehrkräfte einstellen und die Schüler*innenzahl irgendwann weniger werden wird. Im Zuge dieser Entspannung werden wir dann vielleicht auch über Qualitätssteigerungen oder die Nutzung reden können. Hierzu hatte ich zu Beginn meiner Amtszeit aber auch noch gesagt: Das wird mindestens zehn Jahre dauern. Also werden wir frühestens 2032 bis 2034 oder gar erst 2035 eine tatsächliche Entspannung erleben, auch wenn wir jetzt schon, wie gesagt, eine leichte Steigerung der Unterrichtsversorgung und damit auch eine Entspannung erleben können. Mein Referat und die Regionalen Landesämter versuchen alles, um jeden Lehrer und jede Lehrerin zu gewinnen und alle Stellen tatsächlich zu besetzen.

Das Thema PISA-Studie treibt uns schon seit vielen Jahren sehr um. Dieser Trend ist überhaupt nicht neu: Als ich 2022 Ministerin geworden bin, gab es schon den IQB-Bildungstrend, laut dem ein Fünftel aller Kinder nicht richtig lesen, schreiben und rechnen kann. Deswegen haben wir auch entschieden, drei zusätzliche Stunden für Deutsch und Mathematik in die Grundschulen zu geben, und übrigens trotzdem die Haupt-, Real- und Oberschulen nicht im Regen stehen zu lassen, sondern auch hier direkt zu intervenieren, sodass diese Schulformen künftig Deutsch und Mathematik in der 5. und 6. Klasse noch mehr vermitteln können, weil Kinder, die Deutsch und Mathe beherrschen, am Ende logischerweise auch leichter in Geschichte und Physik lernen. Das ist nun mal die Grundlage: Ohne Deutsch und Mathematik geht in der Schule gar nichts. Wir wissen, dass einige Schülerinnen und Schüler einfach mehr Zeit brauchen, sodass wir an diesen Schulformen auch eine offene Ausgangsstufe vorsehen und man den Hauptschulabschluss in zwei Jahren anstatt nur in einem erwerben kann, damit wir die Schüler nicht auf den Arbeitsmarkt entlassen und niemand etwas mit ihnen anfangen kann. Das geht auch zulasten der Schülerinnen und Schüler.

Wir ergreifen auch sehr umfassend - das hatten Sie auch angesprochen - inhaltliche Maßnahmen zur Leseförderung: Wir implementieren das Leseband in Niedersachsen, bauen das Programm „Lesen macht stark“ immer weiter aus und verbessern und intensivieren die Fortbildungen für Lehrkräfte in dem Bereich.

Sie fragten: Was finden wir dazu im Haushalt? - Wir haben natürlich zusätzliche Lehrkräftestellen für den Ganztag vorgesehen, weil man, wenn man für den Ganztag nur Kooperationspartner vorsehen würde, kein Förderangebot mit Lehrkräften machen könnte. Ganztagsschule ist schon beides: Lehrkräfte und Kooperationspartner oder Erzieherinnen und Erzieher.

Darüber hinaus haben wir dankenswerterweise Geld für eine für alle Schulen verpflichtende Fortbildungsreihe zum Thema Unterrichtsqualität vorgesehen. Denn was Kinder lernen, hängt ganz maßgeblich davon ab, wie Lehrkräfte unterrichten und wie sie die Schülerinnen und Schüler erreichen. Bei einem Blick in die Bildungsstudien zeigt sich, dass Schülerinnen und Schüler sagen, der Unterricht fordere sie nicht kognitiv, und sie interessiere auch nicht, was dort passiert, weil es mit ihrer Lebensrealität nichts zu tun hat. Das gab es übrigens damals bei PISA 2000 auch, 2006 das erste Mal. Im Zuge dessen wurde dann sehr stark am Unterricht gearbeitet. Und ähnlich dazu werden wir das jetzt auch machen.

Sie wissen, dass wir ab dem nächsten Jahr die dritte Kraft in den Kitas finanzieren. Das beruht auf einem Gesetz von 2021, das jetzt haushaltswirksam wird und daher jetzt abgebildet werden muss. Auch das ist natürlich eine erhebliche Finanzierung bzw. finanzielle Steigerung für das ganze Thema frühkindliche Bildung, weil an dieser Stelle im besten Fall der Grundstein gelegt wird.

Des Weiteren hatten Sie zu den Mitteln für die digitalen Endgeräte gefragt. In der Tat hatten wir das erst einmal beim Thema Investitionen über das SVIK in den Anschlag gebracht. Am Ende war aber auch klar, dass wir mit den Kommunen über die Administration der digitalen Endgeräte verhandeln werden und dass dann noch einmal eine Verlagerung stattfinden musste. Wir wussten aber vor dem Ende der Verhandlungen nicht, wie viel Geld am Ende in den Anschlag zu bringen ist, sodass wir das dann ab dem Zeitpunkt, in dem wir wussten, wie viel Geld wir für Administration und übrigens auch für die zentrale Vergabe von Administrationsaufgaben brauchen, umgeschichtet haben.

Sie hatten auch zum aktuellen Stand hinsichtlich der Tablets gefragt. Am 15. September gab es 173 000 bestellte Geräte, und von denen waren 114 600 ausgeliefert. Die anderen werden alle voraussichtlich noch vor den Herbstferien ausgeliefert sein, sodass wir hier sehr gut unterwegs sind. Wir konnten die ersten Geräte übrigens auch schon vor den Sommerferien verteilen. Wir arbeiten hier mit den Anbietern sehr gut zusammen. Die Wahl des Modells haben wir den Schulen bekanntlich freigestellt; sie konnten zwischen einem Apple- und einem Samsung-Tablet sowie auch Laptops wählen. Und es wurden mit einer eindeutigen Tendenz vornehmlich Apple-Geräte bestellt.

Abg. **Jessica Schülke** (AfD): Frau Minister, vielen Dank für Ihre Ausführungen, für die Vorstellung und die Einbringung des Haushalts für den Kultusbereich. Ich habe ein paar Nachfragen.

Ich möchte zunächst an den Punkt Tablets anknüpfen. Sie hatten gerade gesagt, dass 23,5 Mio. Euro an die Schulträger gehen. Die Klassen werden ab dem siebten Jahrgang mit den Tablets ausgestattet und dann auch die weiteren Schüler. Die Tablets sollen bis zur elften Klasse benutzt werden. Danach dürften die Geräte nach meiner Auffassung auch verbraucht sein - wir alle wissen, wie schnell sowas auch mit diesen neuen Geräten - Handys usw. - geht. Außerdem ist es ziemlich teuer, gebrauchte Geräte datenschutzkonform neu aufzusetzen oder sie zu entsorgen. Ich schätze, das dürften ungefähr 10 bis vielleicht 20 % der Anschaffungskosten sein. Sie haben auch gesagt, es seien meistens Apple-Geräte, aber eben nicht nur. Also auch da gibt es dann eine unterschiedliche Kalkulation, was das alles schwieriger macht. Diese 23 Mio. Euro sind für die Administration gedacht. Ist das alles mitbedacht, also nicht nur die Einführung, sondern auch die ganze Aufarbeitung und Entsorgung? Ich finde es im Haushalt nicht direkt und Sie haben es auch nicht explizit erwähnt. Das ist meine erste Frage.

Meine zweite Frage bezieht sich auf den Stellenzuwachs. Das ist natürlich wichtig; Sie bauen auch gerade mehr Planstellen auf. Meine Frage zielt aber erst mal in Richtung Stellenbesetzung und Stellenzuwachs und vor allem auf den Bereich der Teilzeitquote. Hierzu haben Sie im vergangenen Jahr auf Bitten von Herrn Kollegen Thiele und auch von Herrn Lilienthal einen Nachtrag aus dem Ministerium versendet - das war eine Tabelle. Dabei ging es darum, einmal aufzuzeigen, wie sich die Teilzeitquote der Lehrkräfte, insbesondere mit Berücksichtigung der Einführung von A 13 an den GHRs, entwickelt hatte. Ich bitte darum, auch für das Jahr 2026 tabellarisch

darzustellen, wie sich die Teilzeitquote entwickelt hat, damit wir ein vollständiges aktuelles Lagebild haben.

Sie haben schon erläutert, wie Sie planen mit den Planstellen bzw. den VZE für die allgemeinbildenden Schulen zu verfahren. Das hört sich auch alles wunderbar an. Allerdings denke, dass die Aufstockung der Lehrkräfte alleine ja nicht bedeutet, dass man dann auch den Unterricht tatsächlich verbessert oder gar mehr gut ausgebildete junge Menschen aus den Schulen entlässt. Denn leider liegen wir in Niedersachsen hinsichtlich der Schulabbrecherquote mit 9,5 % durchaus über dem Bundesdurchschnitt von 7,8 %. Sie wollen diesem Problem vor allem konzeptionell entgegenwirken. Dafür veranschlagen Sie an mehreren Stellen im Haushalt - Sie haben sie auch schon genannt - weitere Mittel für nicht lehrendes, pädagogisches Personal. Sie nennen es fachübergreifendes Personal, so ist es ja letztlich gemeint. Dazu gehören dann auch Schulsozialarbeiter, Sozialpädagogen, Psychologen, Bildungsbegleiter, Schulassistenten usw. Mich interessiert - das ist jetzt schon fast eine Kleine Anfrage, da es mehrere Fragen sind -, wie viele solcher Stellen es momentan insgesamt gibt. Wie viele davon sind aktuell besetzt? Denn Sie möchten ja mehr neue Stellen schaffen. Ich glaube, es sind jeweils 100 Stellen in den entsprechenden Bereichen, also 200 Stellen mehr. Wir sprechen jetzt ja nicht vom Lehrpersonal, sondern wirklich von dem pädagogischen, multiprofessionellen Personal. Wie viele davon sind aktuell besetzt? Wie viele sind unbesetzt? Wenn Sie jetzt noch mehr schaffen, gehe ich erst mal davon aus, dass alle besetzt sind, aber vielleicht ist es ja nicht so. Auf welche Höhe belaufen sich die Gesamtkosten für alle Posten insgesamt, rückblickend für die vergangenen drei Jahre und vorausschauend für die kommenden zwei Jahre?

Meine letzte Frage setzt bei den berufsbildenden Schulen an. Hier wollen Sie 42 VZE einbringen. Handelt es sich dabei um Lehrkräfte oder um multiprofessionelle Kräfte bzw. anderes Personal? Denn vergangenes Jahr sagten Sie, dass noch nicht alle Stellen besetzt sind. Insofern konnten Sie im letzten Haushalt logischerweise nicht noch mehr stellen planen. Das scheint jetzt anders zu sein.

Im vergangenen Jahr sprachen Sie auch vom Quereinstiegserlass. Jetzt lese ich, Sie möchten mehr VZE einführen. Können Sie etwas zum Quereinstiegserlass sagen? Wie schätzen Sie es ein? Hat der Quereinstiegserlass dazu beigetragen, dass es jetzt mehr Quereinsteiger oder zumindest mehr ausgebildete Lehrkräfte gibt, die jetzt auch - ich sage es einfach mal salopp - Lust haben, in den berufsbildenden Schulen tätig zu werden?

Ministerin **Hamburg** (MK): Zum Thema Administration: Die Kommunen erhalten 23,5 Mio. Euro allgemein für die schulische Administration jenseits der digitalen Endgeräte, denn auch Smartboards usw. müssen gewartet werden. Darüber hinaus bekommt jeder Schulträger pro Gerät 125 Euro für die Administration des Gerätes, sprich die Einbindung in das kommunale System oder eventuelle andere Aufgaben, die in dem Zuge anfallen. Und das dann für die Zeit, die das Gerät in der Nutzung ist.

Sie haben zu Recht gesagt, dass die Geräte wahrscheinlich nach vier Jahren nicht mehr nutzbar sind und abgeschrieben werden. Auch wir kalkulieren damit, dass nach diesem Zeitraum neue Geräte zu beschaffen sind. Ob die Geräte im Einzelfall vielleicht auch mal fünf Jahre halten und länger genutzt werden können etc., das wird die Zukunft zeigen. Aber im Prinzip haben wir das genau so kalkuliert.

Die Frage der Entsorgung und nach weiteren zentralen Aufgaben ist hier enthalten. Wir haben bei der Vergabe unter anderem auch die Ersteinrichtung mit vergeben, da unser Versuch war, mit der Gesamtsumme alles abzubilden. Die Kommunen machen also nicht alles. Auch werden wir als Land beispielsweise die Entsorgung übernehmen und haben dafür Gelder kalkuliert. Das umfassen die 125 Euro für die Geräte nicht; damit erledigen die Kommunen andere Aufgaben im Bereich der Administration.

Wir legen den Fokus darauf, den Schulen möglichst viel abzunehmen und an dieser Stelle eine möglichst klare Aufgabenteilung zwischen Kommune und Land zu haben; was wir zentral machen können, machen wir am besten zentral. Das verursacht für alle Beteiligten am wenigsten Ärger und ist wahrscheinlich auch am kostengünstigsten.

Zu Ihrer Frage nach der Teilzeitquote: Die konkreten Zahlen können wir Ihnen gerne schriftlich nachliefern.[1] Es ist nicht so, dass es hier signifikante nachteilige Veränderungen gegeben hätte, sondern wir haben im Kultusbereich eine hohe Teilzeitquote; die hatten wir auch schon vorher. Wir können nicht erkennen, dass A 13 daran irgendetwas geändert hätte. Wir versuchen die Teilzeitquote mithilfe einer Handreichung für die Schulleitungen zu verbessern, in der beschrieben ist, wie sie Teilzeitkräfte motivieren können, mehr Stunden zu arbeiten. Wir nehmen wahr, dass diese vor Ort durchaus genutzt wird und dass Kolleginnen und Kollegen dann auch mal mehr Stunden arbeiten.

Sie hatten nach den Stellen für die Schulsozialarbeit und auch weiteres Personal gefragt. Wir geben jetzt, wie gesagt, für den Ganztag 57 Mio. Euro in die Schulbudgets für die Arbeit mit Kooperationspartnern, aber auch für die Einstellung von zum Beispiel pädagogischen Mitarbeitenden für den Ganztag. Der Aufwuchs für die kommenden zwei Jahre für die pädagogischen Mitarbeitenden in sonderpädagogischer Funktion, also für die, die beispielsweise an den Förderschulen Geistige Entwicklung arbeiten, beträgt rund 10 Mio. Euro und der für die aufwachsenden Schulsozialarbeiterstellen rund 15 Mio. Euro. Die Gesamtsumme und die Gesamtstellenzahl, schlage ich vor, liefern wir Ihnen nach. Das ist valider, als wenn ich Ihnen das jetzt versuche, vorzurechnen.[2]

Zu den 42 VZE im Bereich multiprofessionelle Teams an den BBSen: Bei uns sind alle Schulsozialarbeiterstellen besetzt oder werden gerade ausgeschrieben mit der Perspektive, besetzt zu werden. Es gibt hier keine „Rangiermasse“. Das ist auch immer wieder ein Problem. Sie schreiben uns ja häufig „Unsere Schule bräuchte auch einen Schulsozialarbeiter!“, aber ich habe tatsächlich keine freien Stellen, um sie neu zuzuweisen. Auch im Bereich der BBSen können wir die Stellen besetzen und haben insofern weiteren Bedarf hinsichtlich der Besetzung zusätzlicher Stellen in diesem Bereich, sodass Sie sich keine Sorgen machen müssten, dass Sie uns jetzt Stellen freigeben, die dann übrigbleiben und nicht verwendet werden können, sondern wir können diese Stellen durchaus besetzen.

Bei diesen 42 VZE handelt es sich somit nicht um Lehrkräfte - das ist ein anderer Bereich -, sondern im Großen und Ganzen um Personal in der Schulsozialarbeit bzw. ähnliches Personal, welches sich um Integration, Begleitung, Sprachförderung usw. kümmert. Wir hatten zuvor schon

---

[1] Der **Ausschuss** setzt diesen Punkt auf seine Vormerkliste (**Anhang**).
[2] Der **Ausschuss** setzt diesen Punkt auf seine Vormerkliste (**Anhang**).

einmal 100 Kräfte für die Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt und im vergangenen Jahr 48. Bei den jetzigen 42 Stellen haben wir beschlossen, dass sie für die Schulsozialarbeit und ähnliches Personal gedacht sind, damit die BBSen an dieser Stelle etwas flexibler sein können und das Personal einstellen können, das sie brauchen. Deswegen brauchen wir jetzt die weiteren Aufwüchse.

Im BBS-Bereich haben wir nicht alle Lehrkräftestellen besetzt, anders als im allgemeinbildenden Bereich. Deswegen brauchen wir an dieser Stelle keine zusätzlichen Stellen, sondern können das Personal aus dem Geld, das uns zur Verfügung steht, einstellen.

Gerade im berufsbildenden Bereich bietet das einfach noch einmal ganz andere Möglichkeiten für die Schulen, auch mit den Schülerinnen und Schülern zu arbeiten, um gerade im Bereich Teilhabe, Arbeitsmarktintegration, aber auch Integration allgemein sehr viel zielgenauer zu arbeiten.

Der Quereinstiegserlass wirkt. Unsere Schulen melden uns ganz eindeutig zurück, dass sie jetzt noch mal deutlich flexibler bei der Einstellung und bei der Personalgewinnung sind, was im BBS-Bereich ungleich schwerer als im allgemeinbildenden Bereich ist - und da ist es schon schwer. Aber das bedeutet jetzt nicht, dass die Zahlen plötzlich durch die Decke gehen, sondern es gibt insgesamt in unserer Gesellschaft zu wenig Fachkräfte. Das bildet sich auch bei den BBSen ab.

MDgt **Dr. Lindner** (LRH): Vielen Dank, Frau Ministerin. Ich möchte für den LRH auf Grundlage unserer Prüfungserkenntnisse drei kurze Anmerkungen und Hinweise geben.

Frau Ministerin, Sie hatten die erfreulich große Zahl an zusätzlichen Lehrkräftestellen angesprochen. Das ist ein weiteres Beispiel, lieber Herr Dr. Hoffmann, in dem wir Stellenzuwächse nicht kritisieren. Das möchte ich noch einmal betonen. Wir wissen, es ist schwer genug, die Lehrkräfte überhaupt am Markt für das Land zu gewinnen und sie dann einzustellen. Eine große Herausforderung ist es dann ja auch, sie dauerhaft im Schuldienst zu halten.

Der Rechnungshof hatte aktuell in dem Bereich der Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger geprüft und festgestellt, dass im Prüfungszeitraum von fünf Jahren nach Ablauf dieser fünf Jahre von den eingestellten Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern rund ein Drittel nicht mehr im niedersächsischen Schuldienst tätig war. Das ist eine relativ hohe Quote, zumal vor dem Hintergrund, dass man vorher aus guten Gründen sehr viel in die Aus- und Weiterbildung dieser Quereinsteiger investiert hat. Das waren in dem konkreten Fall 3,3 Mio. Euro nur für diese später ausgeschiedene Gruppe.

Vor dem Hintergrund regt der LRH an, dem Thema der Kräftebindung eine noch größere Aufmerksamkeit zu schenken, zumal es bisher keine landesweite Strategie zur Lehrkräftebindung gibt. Unsere Anregung wäre, eine solche zu entwickeln, sehr geehrte Frau Ministerin.

Ich hatte einerseits gesagt, dass wir die zusätzlichen Lehrkräftestellen nicht kritisieren. Was wir aber natürlich aufgrund unseres Verfassungsauftrags immer kritisch beäugen müssen, ist der Stellenaufwuchs in der sogenannten Kultusbürokratie, also in den Regionalen Landesämtern und beim MK selbst. Da gab es in den vergangenen zehn Jahren nach unseren Berechnungen eine Steigerung von über 25 % im MK und von rund einem Drittel bei den Regionalen Landesämtern. Natürlich gibt es mehr Lehrkräfte im System, und dadurch wird natürlich ein höherer Aufwand ausgelöst. Das ist uns klar. Aber ob bei dieser Größenordnung nun in jedem Einzelfall

ein unabweisbarer Zwang für neue Stellen gegeben war, möchten wir als Rechnungshof doch kritisch hinterfragen.

Sie haben das Thema Ausgabereste im Kita-Bereich angesprochen. - Das hat mich sehr gefreut, Frau Ministerin. - Seit ein paar Jahren ist das ja ein wiederkehrender Posten. Wir reden über Mittel in einer Größenordnung von über 700 Mio. Euro, sodass in der Tat Handlungsbedarf besteht. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass das jetzt in der Größenordnung angegangen wird und dass man das auch so gut im Haushaltsplan nachvollziehen kann.

Ebenfalls möchte ich ausdrücklich das Ausbildungsprojekt für Kaufleute für Büromanagement begrüßen, das Sie erwähnt hatten, Frau Ministerin. Es ist erst einmal sehr erfreulich, wenn das Land an dieser Stelle vorangeht und selbst ausbildet. Der Rechnungshof ist, wie Sie wissen, immer ein Fan davon, Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben zu befreien und sie dort einzusetzen, wofür sie eigentlich ausgebildet sind. Dafür braucht man natürlich entsprechende Verwaltungsfachleute. Mit dem Projekt tun Sie dafür etwas. Das ist eine gute Sache. Das unterstützen wir ausdrücklich.

Ministerin **Hamburg** (MK): Lassen Sie mich kurz zum Quereinstieg etwas sagen. Denn auch wir fragen uns natürlich, wie Sie es gesagt haben, wie wir die besser binden und auch besser vorbereiten können, denn so mancher merkt erst im Job, dass es nicht das Richtige war. Deswegen haben wir auch unter anderem ein Tool programmiert, welches Menschen ermöglicht, vorher ein Gefühl dafür zu bekommen, was zu den künftigen Aufgaben gehört. Dazu gehört nämlich nicht nur, mit Grundschulkindern zu singen und As zu zeichnen, sondern das ist durchaus ambitioniertes Klassenraummanagement. Insofern versuchen wir bereits, Menschen vor der Entscheidung noch einmal besser vorzubereiten und zu rüsten. Wir motivieren Quereinsteigende auch stark dazu, vorher den Vorbereitungsdienst zu durchlaufen, um richtige Lehrkräfte zu werden. Aber in der Tat haben wir hier auch noch weiteren Bedarf nach einer solchen Strategie und sind da dran. Sie sprechen hier einen wichtigen Punkt an.

Wir hatten ja das Modellprojekt Verwaltungsassistenz. Hier war das Nadelöhr, dass wir am Ende gar nicht die Kräfte gefunden haben, die man hätte einstellen können. Insofern haben Sie vollkommen Recht damit.

Abg. **Pippa Schneider** (GRÜNE): Vielen Dank für die Vorstellung des Einzelplans, Frau Ministerin. Insgesamt möchte ich an Sie und das ganze Ministerium ein herzliches Dankeschön für die Arbeit, die in diesem Einzelplan und seinen ganzen Zahlen steckt, aussprechen. Wir freuen uns natürlich sehr, dass ein so großer Fokus auf den Themenbereich Bildung gelegt wird, denn das ist definitiv die Zukunft unseres Landes.

Ich habe keine expliziten Fragen, sondern möchte ein paar Worte aus Sicht der regierungstragenden Fraktion äußern.

Wir begrüßen natürlich ausdrücklich den großen Aufwuchs bei den Lehrkräftestellen, den multiprofessionellen Teams und der Schulsozialarbeit, weil Schule, wie Sie es gesagt haben, nicht nur mit Lehrkräften funktioniert, sondern mithilfe von verschiedenen Perspektiven, die an dieser Stelle zusammenarbeiten.

Ein ganz großes Thema - auch bei mir vor Ort - ist auf jeden Fall der Ganztag. Ich durfte neulich eine neue Grundschule in Diemarden in meinem Wahlkreis besichtigen, die auch mit einem ganz

tollen Konzept arbeitet, mit einer Clusterbauweise und ganz viel Raum zur Verfügung, sodass Kinder zusammen lernen können. Auch hier waren der Ganztag und explizit seine Finanzierung ein großes Thema. Auch in der Schule meiner Kinder vergeht, glaube ich, keine Schulelternratssitzung, in der es nicht um dieses Thema geht. Daher ist es sehr gut, dass hierauf ein Fokus gelegt wird und Sie die Kommunen hier so sehr unterstützen; das ist, glaube ich, eine der großen Aufgaben, die in nächster Zeit auf uns zukommen.

Ich möchte des Weiteren auf das Thema Medienbildung eingehen. Ich war neulich bei einer Veranstaltung junger Menschen, die einen Journalisten-Workshop gemacht und beim Stadtradio Politiker*innen verschiedener Parteien interviewt haben. Dabei ging es sehr explizit und viel um Medienbildung. Wie können wir Fake News im Internet erkennen? Wie bewegen wir uns durch Social Media? Wie bewegen sich junge Menschen durch Social Media? Braucht man ein Mindestalter? Braucht man vielleicht auch ein Höchstalter? All das wurde da diskutiert, ganz spannende Debatten. Insofern, glaube ich, ist das ein Thema, das viele junge Menschen sehr bewegt. Es ist gut, dass hier investiert und die Medienbildung mit den Mitteln des Digitalpaktes auch weiter gestärkt wird.

Ein weiteres großes Thema bei uns ist auf jeden Fall der Bereich Kita und die frühkindliche Bildung. Die PISA-Ergebnisse wurden schon angesprochen. Aber ich glaube, es ist wichtig, die Weichen für gute Bildung und auch aus Gründen der Bildungsgerechtigkeit möglichst früh zu stellen. Daher müssen wir auf jeden Fall auch bei den Kitas anfangen. Die dritte Kraft sowie das Investitionsförderprogramm hatten Sie schon angesprochen.

Ein weiterer Bereich: die politische Liste. Als Fraktion erhalten wir oft die Rückmeldung: Es ist schön, über die politische Liste Geld zu bekommen. Aber das Problem ist die Einjährigkeit und dann betteln zu müssen, wieder Geld zu bekommen, sprich: die fehlende Verstetigung und die fehlende Sicherheit. - Wir begrüßen daher sehr, dass viele Punkte der politischen Liste im jetzigen Haushalt verstetigt wurden.

Insbesondere den Bereich der psychischen Gesundheit möchte ich hervorheben. Das ist bei uns im Hochschulbereich auf jeden Fall ein sehr großes Thema. Die Studierendenwerke schlagen regelmäßig Alarm und sagen: Wir haben ein Angebot und niedrigschwellige Beratungsstellen; das ist richtig und wichtig. Aber die Nachfrage, der Bedarf ist so hoch, dass die Telefone heißklingeln und die Wartelisten teilweise geschlossen werden müssen, weil es zu wenig Angebote gibt, diesen Bedarf zu decken. Deswegen ist es gut, dass das im Schulbereich, in dem es wahrscheinlich eine ähnliche Problematik gibt, angegangen und im Haushalt verstetigt wird.

Ich erneuere auch noch mal das Signal an die Opposition hinsichtlich eines gemeinsamen Antrags. Das hatten wir vorhin auch schon besprochen. Die Gedenkstätten sind jetzt ausfinanziert und müssen in diesen gemeinsamen Antrag nicht aufgenommen werden. Aber wir hatten viele andere Punkte für diesen Antrag.

Gerade bei den Gedenkstätten zeigt sich in der aktuellen politischen Zeit die Wichtigkeit, hier Geld reinzustecken. Es ist in Zeiten des Rechtsrucks wichtig, auch die Erinnerungsarbeit gut auszustatten. Wir müssen, glaube ich, gar nicht nur nach Sachsen-Anhalt schauen; wir sehen das auch hier. Die Erinnerungsarbeit steht sehr unter Beschuss. Daher ist es wichtig, dass Sie als Landesregierung hier ein so starkes Zeichen setzen und die Gelder erhöhen bzw. auch Mittel für Investitionen zur Verfügung stellen, um sehr klar zu machen, wo wir hier als Land stehen.

Abg. **Dr. Dörte Liebetruth** (SPD): Herzlichen Dank, Frau Ministerin Hamburg, für die Haushaltsvorstellung und allen Beteiligten für die Erstellung dieses Haushaltsplanentwurfs.

Vorab möchte ich gerne deutlich machen, dass wir es als SPD-Fraktion aus ganz vielen Gründen sehr begrüßen, dass die Landesregierung einen solch klaren Schwerpunkt bei der Bildung setzt. Wir alle wissen, wie wichtig das für eine starke Wirtschaft ist, aber eben auch für die Chancen jedes Einzelnen, einerseits auf dem Arbeitsmarkt, andererseits für ein gutes Zusammenleben in unserer Demokratie. Wir begrüßen die Erhöhung um rund 100 Mio. Euro auf künftig rund 9,7 Mrd. Euro in 2027 und auch die nochmalige Erhöhung in 2028.

Ich würde an dieser Stelle gerne einige Punkte im Einzelnen hervorheben, werde bei den Kleinsten anfangen und arbeite mich dann bis zur beruflichen Bildung vor.

Angesichts der PISA-Ergebnisse ist es uns sehr wichtig, dass das Land bei der dritten Kraft in Kita-Gruppen, so wie im Haushaltsplanentwurf vorgesehen, den nächsten Schritt macht und in die reguläre Finanzierung der dritten Kräfte einsteigt. Wir alle wissen, wie wichtig gerade diese Grundlage und wie wichtig Qualität in der frühkindlichen Bildung ist.

Zweitens möchten wir die Bedeutung der zusätzlichen Lehrkräftestellen im Schulbereich deutlich hervorheben. Wenn man sich mal überlegt: für die Jahre 2027 und 2028 insgesamt über 1 800 zusätzliche Stellen dauerhaft, sodass man auf rund 5 600 Stellen in der gesamten Wahlperiode kommt. Das sind, denken wir, Investitionen in die Bildung, die sich wirklich sehen lassen können. Wir wissen auch um die Bedarfe und dass es wirklich dringend notwendig ist, genau das zu machen. Trotzdem ist uns allen bewusst, welche Kraftanstrengung es bedeutet, das in diesem Landeshaushalt hinzubekommen und sicherzustellen, damit allen Lehramtsabsolventinnen und -absolventen der Studienseminare dieses Einstellungsangebot unterbreitet werden kann.

Drittens: das Thema Rechtsanspruch auf Ganztag im Grundschulalter. Das erleichtert schon heute Familien den Lebensalltag, auch wenn der Rechtsanspruch nun erstmal nur für das erste Schuljahr gilt. An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich loben, dass einige Kommunen dies zum Anlass genommen haben, das Ganze schon jetzt nicht nur für die erste Klasse zu erfüllen, sondern auch für weitere Schulklassen. Wenn dort jetzt von uns landesseitig, so wie es im Entwurf vorgesehen ist, weitere 241 Lehrkräftestellen reingegeben werden, plus nochmal diese 57 Mio. Euro beim Schulbudget, dann ist das natürlich zu begrüßen.

Ich komme zu meinem vierten Punkt. Beim Thema Schulsozialarbeit haben Sie mit Ihrer Antwort auf eine Frage in der bisherigen Debatte nun aber eine Nachfrage ausgelöst. Sie haben einen Hinweis auf 42 VZE geäußert. Ich hatte Sie und den Haushaltsentwurf aber bisher so verstanden, dass die Landesregierung die Schulsozialarbeit in ganz erheblichem Maße, nämlich im Umfang von jeweils 100 VZE in 2027 und weiteren 100 VZE in 2028, stärken will und wir dann bei einem finanziellen Umfang von rund 15 Mio. Euro sind. Ich wollte mich vergewissern, dass das korrekt ist. Denn uns ist es ganz wichtig, dass wir dem Ziel, Schulsozialarbeit endlich an jeder Schule in Niedersachsen vorzuhalten, ganz konsequent und Schritt für Schritt näherkommen. Uns ist auch wichtig, dass im kommenden Jahr, wenn es darum geht, diese neuen Stellen an den Schulen zu verteilen, dann auch klar ist, nach welchen Kriterien dies geschieht. Warum bekommt jemand eine Stelle, warum bekommt jemand keine? Denn uns wäre wichtiger, dass erstmal überhaupt jede Schule mindestens eine halbe Stelle hat, anstatt dass womöglich große Schulen die dritte Stelle bekommen, während andere noch immer nicht die Möglichkeit haben, auf eine solche

Ressource zurückzugreifen, die für Schulqualität und für das Möglichmachen von Lernen eine ganz wichtige Rolle spielen kann.

Fünftens: das Thema kostenfreie Tablets für Siebtklässler und Lehrkräfte. Wir begrüßen es sehr, dass wir einen Schritt auf dem Weg zur digitalen Lehrmittelfreiheit vorankommen. An dieser Stelle auch ein Dankeschön an den Bund, weil vieles auch aufgrund des Digitalpakts 2.0 möglich wurde. Ihnen und allen Beteiligten aber auch vielen Dank für die harten Verhandlungen und die Einigung mit den Kommunen zu den Kosten für die IT-Administration plus die Administration für die Endgeräte. Das ist hier schon Thema gewesen.

Ich komme zu meinem sechsten Punkt. Sie hatten auch das Thema „Vorsorge für die Umwandlung der Tagesbildungsstätten“ angesprochen. Das ist uns wichtig. Dazu gab es auch hier gemeinsame Anträge, damit das Thema verlässlich läuft und wir gemeinsam einen Schritt weiterkommen.

Zu guter Letzt möchte ich Ihnen für die Entbürokratisierung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung danken. Auch das war hier im Ausschuss in der Vergangenheit schon Thema. Wir sind schon mehrfach von der Handwerksseite angeschrieben worden. Es ist sehr zu begrüßen, dass sich die Landesregierung für diesen Weg entschieden hat.

Abschließend möchte auch ich das Signal an die CDU-Fraktion senden, dass wir sehr gern bereit sind, mit einem gemeinsamen Antrag wieder die Sicherheit in den jüdischen Gemeinden in ganz Niedersachsen und auch das Haus der Religionen in Hannover zu stärken.

Ministerin **Hamburg** (MK): In der Tat schaffen wir 100 Stellen jährlich für die allgemeinbildenden Schulen. Und darüber hinaus schaffen wir 42 Stellen für die nächsten zwei Jahre jeweils für die berufsbildenden Schulen. Ich hatte das getrennt ausgewiesen, damit deutlich wird, welcher Anteil auf welche Schulform entfällt. Insofern haben Sie das richtig verstanden. Die 100 Stellen kosten in der vollen Jahreswirkung 15 Mio. Euro.

Wir haben in den vergangenen Jahren einen allgemeinen Aufwuchs gehabt. Die Gesamtzahl kann ich Ihnen nicht nennen, aber wir haben im Rahmen des Startchancen-Programms bereits rund 390 Stellen geschaffen. Dann haben wir 60 dauerhafte Stellen geschaffen, die vorher befristet waren. Und jetzt schaffen wir noch mal jeweils 100 Stellen. Das sind rund 650 zusätzliche Stellen für die allgemeinbildenden Schulen. An den BBSen haben wir 100 Stellen geschaffen und dann noch mal 48. Und jetzt schaffen wir zwei Mal 42 Stellen. Das sind dann 232 Stellen. Man sieht also den Aufwuchs insgesamt, den es in den vergangenen Jahren an den Schulen gegeben hat.

Sie haben vollkommen Recht: Auch unser Fokus wird jetzt darauf liegen, auch Schulen mit Schulsozialarbeit zu versehen, die bisher keine hatten. Gleichzeitig gibt es aber auch Schulen, an denen es richtig brennt und bei denen wir wissen, dass die halbe Stelle, die sie vielleicht schon haben, nicht ausreicht. Insofern bemühen wir uns um eine gute Gesamtverteilung, haben aber perspektivisch auch im Blick, dass jede Schule Schulsozialarbeit erhalten soll - das machen die regierungstragenden Fraktionen uns regelmäßig deutlich, und auch aus der Opposition höre ich das.

Abg. **Claus Seebeck** (CDU): Vielen Dank, Frau Kultusministerin, für die Vorstellung, aber auch für die Arbeit eines jeden Einzelnen bei Ihnen im Ministerium für eines der wichtigsten Themen der Zukunft Niedersachsens.

Sie haben es kurz angesprochen: Sie haben 62 Mio. Euro aus dem Sondervermögen für die drei NIGs zur Verfügung gestellt. Es ist vergangene Woche in Bad Bederkesa - dort hatten wir das 150-jährige Jubiläum des Haupthauses - sehr gut angekommen, dass jetzt Gelder zur Verfügung stehen, um energetische Sanierungen und vieles, das liegengeblieben ist, jetzt anzugehen. Es laufen in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Baumanagement auch schon die ersten Gespräche. Mich interessiert, wie diese 62 Mio. Euro auf die drei NIGs aufgeteilt worden sind.

Im Landkreis Cuxhaven haben wir noch eine weitere Schule in Trägerschaft des Landes: die Seefahrtschule in Cuxhaven. Ist diese bei Ihnen oder im Wirtschaftsministerium verortet? Das habe ich noch nicht so richtig herausbekommen, denn sie ist zwar im hiesigen Haushaltsplanentwurf zu finden, wird aber inhaltlich hauptsächlich durch das Wirtschaftsministerium betreut. Wie wird das von Ihnen bewertet?

Des Weiteren haben Sie angesprochen, es gibt so viele Lehrer im System wie noch nie. Aber ich komme aus einer Region, die immer noch sehr große Probleme hinsichtlich der Unterrichtsversorgung hat. Wie wollen Sie in Zukunft mithilfe des Mehraufwuchses an Personal eine gerechte Verteilung erreichen, sodass auch die unterversorgten Regionen davon profitieren, dass es mehr Lehrer im System gibt?

Ich habe eine weitere Frage, die sich bei meinem Besuch in unserem Lehrerseminar ergeben hat: Dürfen Lehrerseminare für sich werben? Und in welchem Maße dürfen sie über Social Media etwas machen? Wie können sie die gute Arbeit, die dort gemacht wird - und das kann ich für den Bereich, in dem ich war, absolut bestätigen; die Menschen sind mit Feuer und Power für die Aufgabe da -, nach draußen tragen?

Frau Liebetruth hat eben über die Kleinsten gesprochen; ich würde gerne über die Schwächsten sprechen. Unsere Förderschulen Geistige Entwicklung - das Thema hatten wir in den vergangenen Jahren auch schon hier bei der Haushaltsvorstellung - sind immer noch die Schulen mit der schlechtesten Unterrichtsversorgung mit Sonderpädagogen, hauptsächlich. Wir haben uns im Landkreis Cuxhaven dazu entschieden, zwei Standorte wieder zu ertüchtigen, damit die Wege für die Kinder nicht so lang sind. Bekommen wir die überhaupt mit Lehrkräften und Schulassistenzen besetzt? Wie gedenken Sie, hier weiter vorzugehen?

Eine abschließende Frage: Sie haben das Investitionsprogramm für die kommunale Ebene - Kitas und Ganztag - in Höhe von 250 Mio. Euro angesprochen. Wie wird es möglich sein, hierüber Gelder zu beantragen?

Ministerin **Hamburg** (MK): Zunächst zu Ihrer Frage nach der konkreten Aufteilung: Esens erhält 33 Mio. Euro, Bad Bederkesa 22 Mio. Euro und Bad Harzburg 7 Mio. Euro. Das NIG Esens erhält einen so großen Teil, weil deren Fachräume zum Teil abgängig sind und deshalb auch einfach Notwendigkeiten bestehen. Wir können keine Schule haben, die zum Beispiel keinen Physikunterricht erteilen kann. Ich glaube, das versteht sich von selbst. Aber wir sind an dieser Stelle auch mit den Internatsgymnasien im Gespräch. Was sind die Bedarfe? Was drängt und wäre gut, wenn es passiert? Was steht als Erstes an? Dementsprechend werden wir die Gelder verteilen.

Wir sind für die Seefahrtschule zuständig, und insofern können Sie sich gerne mit Anliegen an uns wenden.

Die Verteilung mit Lehrkräften ist ein richtiger Spagat. Einerseits haben wir ein Interesse daran, die Lehrkräfte an Niedersachsen zu binden, andererseits habe ich kein Interesse, deswegen alle Stellen zum Beispiel in Hannover auszuschreiben, weil alle nach Hannover wollen. - Sie wissen, es gibt städtische Räume, die sehr attraktiv sind. - Deswegen schreiben wir vornehmlich Stellen in den besonders schlecht versorgten Regionen aus, was aber dazu führt, dass uns Menschen aus dem Vorbereitungsdienst sagen: Da will ich aber nicht hin; dann bewerbe ich mich da nicht, sondern warte lieber und nehme einen Vertretungslehrervertrag an. - Daran haben wir aber überhaupt kein Interesse. Deshalb überlegen wir zurzeit, wie man mithilfe von Abordnungsauflagen Lehrkräfte motivieren kann, in die Fläche zu gehen.

Wir bewerben auch sehr offensiv, dass man sich nicht sofort verbeamten lassen muss. Dann könnte man beispielsweise erst mal eine Stelle in Cuxhaven als Tarifbeschäftigter annehmen und weiß, dass man sich, wenn man doch nicht bleiben will und in Hannover die Traumstelle frei wird, dahin bewerben kann, ohne dass einen das Beamtentum daran hindert. So versuchen wir, die Regionen bestmöglich aufzustellen. Wir sind auch mit angrenzenden Bundesländern im Gespräch, ob wir nicht werben könnten, dass Lehrkräfte zu uns kommen, um darüber die Regionen zu versorgen. Gerade in Cuxhaven und Stade schauen wir intensiv, wie wir Menschen motivieren können, dort hinzugehen. Deswegen werden wir die Studienseminare auch mit einem attraktiven Schwerpunkt im Bereich Digitalisierung und KI ausstatten, weil unsere Hoffnung ist, dass so Lehrkräfte sagen: Das finde ich spannend. Und dann lernen sie, wie schön es bei Ihnen vor Ort ist und bleiben womöglich. Denn wir sehen schon: Wenn die Menschen erst mal da sind, dann wollen sie in der Regel auch bleiben.

Natürlich können Lehrkräfte und Schulen sehr gerne für sich werben. Das begrüßen wir. Auch die Lehrerseminare dürfen an den Universitäten für sich werben und von mir aus auch auf Social Media. Das entscheiden sie selbst. Wir überlegen zurzeit selbst, wie wir auf unserer eigenen Homepage Schulen anders darstellen können, damit sie für Bewerbende möglichst attraktiv sind. Meine Erfahrung ist: Wenn eine Schule ein besonderes Konzept hat oder sich besonders hervortut - zum Beispiel: Bei uns werden Berufseinsteiger enger begleitet und gut aufgenommen! -, dann ist das für die Menschen auch ein Faktor, sich für eine Schule zu entscheiden. Deswegen sind wir im Rahmen dieses Modellprojekts mit Cuxhaven und Stade auch schon an solchen Fragen dran; wir brauchen gerade in dieser Region dringend Lehrkräfte. Sie ist zurzeit tatsächlich vollkommen unverdient unsere Achillesferse. Deshalb sind wir auch an diesem Thema dran.

Zu den Förderschulen Geistige Entwicklung: Ja, wir haben dort ein großes Problem mit der Unterrichtsversorgung. Deswegen haben wir in der Legislaturperiode 2013 bis 2017 auch die Studienplatzkapazitäten erhöht. Wir haben bei Ihnen das Problem, dass in der Region rund um Lüneburg keine eigene Ausbildung stattfindet. Das ist ein Manko - das muss ich so sagen -, weil die Orientierung so erst mal in Richtung der anderen Regionen stattfindet, wo die Menschen studieren. Das merken wir tatsächlich. Gleichzeitig müssen wir jetzt schauen, dass die Studenten, die wir zusätzlich gewinnen, auch im Lehrerberuf ankommen. Das sind jetzt die großen Aufgaben. Im Prinzip haben wir, wie gesagt, die Kapazitäten genau mit dem Ziel erhöht, hier auch ausreichend Kräfte zu bekommen. Ich würde jetzt sagen: Wenn Sie neue Schulen gründen, dann ist es unser Job, für sie Personal zu beschaffen. Aber natürlich wächst das nicht auf den Bäumen.

Insofern ist diese Frage durchaus berechtigt, und es ergibt sicherlich Sinn, bei der Schulentwicklungsplanung auch zu berücksichtigen, wie die Lehrkräftegewinnung vor Ort eigentlich funktioniert. Trotzdem bilden wir wie die Weltmeister aus, um Menschen zu gewinnen.

Neben dem Studium haben wir auch die Qualifizierungsmaßnahme für Sonderpädagogik wieder aufgelegt. Das ist eine berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahme, mithilfe derer Lehrkräfte im Zuge einer Weiterbildung Sonderpädagogen werden können. Und im Bereich sonderpädagogische Kompetenzen bilden wir am allermeisten aus. Es gibt kein anderes Thema, in das wir so viel Geld in Ausbildung investieren, wie in den Bereich Inklusion und die Frage der Beschulung von Kindern mit einer Behinderung. Wir versuchen wirklich, diesem Mangel bestmöglich zu begegnen; er besteht.

Hinsichtlich des Investitionsprogramms über 250 Mio. Euro laufen gerade Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden über die Verteilung, denn die Kitas laufen über die Jugendhilfe, das sind die Landkreise, für den Ganztag sind die Gemeinden und Städte zuständig. Da müssen wir - das kennen Sie - mit den Kommunen eine gemeinsame Sicht auf die richtige Finanzverteilung finden. Insofern ist das aber noch offen und abhängig von diesen Gesprächen. Wichtig ist uns aber, dass es möglichst unbürokratisch und so einfach wie möglich ist. Im besten Fall würden wir es mithilfe des Kommunalfördergesetzes über eine Verordnung machen. Ob wir das können, wird sich zeigen. Das hängt natürlich auch von den Gesprächen mit den Kommunen ab.

Abg. **Ulf Thiele** (CDU): Ich habe noch eine Frage. Sie sind gerade darauf eingegangen: Wir haben im vergangenen Jahr sehr intensiv die Frage diskutiert, wie man Lehrkräfte, die in Pension gehen, gewinnen kann, möglicherweise etwas länger im Staatsdienst bzw. Schuldienst zu bleiben. Können Sie den Effekt inzwischen statistisch erfassen? Haben Sie also konkrete Zahlen darüber, wie die Entwicklung vor und nach der Neuregelung verlaufen ist bzw. verläuft? Könnten Sie uns das bitte zur Verfügung stellen?

Ministerin **Hamburg** (MK): Das kann ich Ihnen gerade nicht sagen, aber wir können Ihnen die Entwicklung der Zahlen gerne im Nachgang zur Verfügung stellen; wir können in VZE bemessen, wie viele Pensionäre wir beschäftigen.[3]

Wir haben das Ganze im vergangenen Jahr für pensionierte Beamte bzw. Beamte, die länger bleiben, auch noch mal erheblich verbessert. Das ist zwar nur anekdotisches Wissen, aber nach meiner Wahrnehmung hat sich das noch nicht in der Breite rumgesprochen, wie wir uns das wünschen. Aber wir kommunizieren sehr intensiv an die Schulen, rühren sozusagen weiterhin die Werbetrommel und weisen die Schulen darauf hin, wie leicht es ist, Lehrkräfte im Schuldienst zu behalten, denn es wird ja, je länger sie draußen sind, immer komplizierter usw.

Abg. **Ulf Thiele** (CDU): Müssen sie sich nicht neu bewerben?

Ministerin **Hamburg** (MK): Wir empfehlen den Schulen sehr, sie zu motivieren, direkt mit wenigen Stunden zu bleiben. Denn gehen sie raus, müssen sie sich eben neu bewerben; und dann wird es bürokratisch. Daher ist es leichter, wenn sie direkt im Schuldienst verbleiben. Deswegen

[3] Der **Ausschuss** setzt diesen Punkt auf seine Vormerkliste (**Anhang**).

haben wir den Schulen eine Art Infozettel an die Hand gegeben, damit sie die besten und einfachsten Wege für diese Fortbeschäftigung kennen.

Einzelberatung

Der **Ausschuss** liest den Einzelplan 07. Abg. **Ulf Thiele** (CDU) stellt Informationsfragen zu einigen Haushaltspositionen, die von den Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung beantwortet werden.

Eine gesonderte **Aussprache** ergibt sich zu folgendem Punkt:

Kapitel 0702 Allgemeine Bewilligungen

Titelgruppe 70 Erwerb und Stärkung der Medienkompetenz

Titel 686 70 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland

Abg. **Ulf Thiele** (CDU) weist auf die erheblich schwankenden Ansätze in diesem Titel hin und erfragt den Grund hierfür, da sich dieser nicht aus den dazugehörigen Erläuterungen ergebe.

MR **Maschke** (MK) erklärt, die Titelgruppe 70 sei Teil der Digital-Titelgruppen. Diese Titelgruppe müsse zusammen mit der Titelgruppe 77 sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr 2027 in Gänze betrachtet werden. Mithilfe der Ansätze in diesen Titelgruppen würden Content bzw. Softwarelizenzen finanziert. Hierbei handele es sich um Anschlussfinanzierungen, weswegen darauf zu achten sei, wann Kosten für eine Lizenz fällig würden bzw. wann man eine neue erwerben müsse.

RD **Lehmann** (MK) ergänzt hierzu, über die Titelgruppe 70 werde der Content, sprich die Programme, die das Kultusministerium über das Aktionsprogramm „Startklar für die Zukunft“ angeschafft habe, finanziert. Der im Haushaltsplanentwurf für 2027 veranschlagte Ansatz in Höhe von rund 3,6 Mio. Euro sei bereits im Rahmen des letzten Haushalts bewilligt worden. Zur Zeit der Bewilligung sei man noch davon ausgegangen, dass die Lizenzen mit Ablauf des Jahres 2027 enden würden. Sie würden aber nun doch fortgeführt und ab 2028 aus Mitteln des Digitalpakts finanziert. Hiermit sei der geringere Ansatz für 2028 zu erklären.

Abg. **Ulf Thiele** (CDU) weist darauf hin, derlei Überführungen in neue Haushaltsstellen bzw. neue Finanzierungen trügen nicht zur Haushaltsklarheit bei. Zudem stelle sich die Frage, warum dieser Posten nach wie vor im Einzelplan des Fachministeriums zu finden und nicht in den Einzelplan 19 überführt worden sei. Softwarekosten seien originär dafür geeignet, in der Sammelposition im IT-Einzelplan geführt zu werden.

MR **Maschke** (MK) erläutert, in den Einzelplan 19 seien die Softwarekosten der Landesregierung und der Landesverwaltung überführt worden. In diesem Fall handele es sich aber originär um Medienbildung und Digitalisierung an Schulen, also ein fachbezogenes Thema. Auch der Digitalpakt 2.0 werde durch das Kultusministerium abgearbeitet und durch den Haushalt geleitet.

Abg. **Ulf Thiele** (CDU) erwidert, aus seiner Perspektive sei genau das ein Problem des Einzelplans 19. Auch wenn es sich im vorliegenden Fall nicht um Lizenzen handele, die die Kultusverwaltung originär beträfen, handele es sich um IT-Kosten, die in der Struktur des Kultusministeriums entstünden. Sie seien aus seiner Sicht aber trotzdem ein Bestandteil, wenn auch nur ein peripherer, des Einzelplans 19, würden aber nicht in diesen überführt. Synergien, Skalierungseffekte und Ähnliches könnten somit nicht genutzt werden, obwohl sich das möglicherweise anbiete, weil es sich gegebenenfalls um Lizenzen für Programme handele, die auch in einem anderen Bereich verwendet würden.

Darüber hinaus führe eine solche Fragmentierung der IT-Kosten dazu, dass der Haushaltsgesetzgeber nun noch schwerer als zuvor diese Kosten erfassen könne, obwohl die Idee des Einzelplans 19 gewesen sei, sie an einer Stelle zusammenzuführen.

***

II/715, 612	Hannover, den 30.09.2026

Vormerkliste
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen
betr. Haushaltsplanentwurf für die Haushaltsjahre 2027 und 2028
154. Sitzung am 30.09.2026

Einzelplan 07 - Kultusministerium

Allgemeine Aussprache	Abg. **Jessica Schülke** (AfD) bittet um Informationen dazu, wie sich die Teilzeitquote bei Lehrkräften unter Berücksichtigung der Einführung der Besoldung nach A 13 für Grund-, Haupt- und Realschullehrkräfte bis einschließlich 2026 entwickelt hat.
Allgemeine Aussprache	Abg. **Jessica Schülke** (AfD) fragt, wie viele Stellen für Schulsozialarbeiter und weiteres nicht lehrendes pädagogisches Personal an Schulen es gibt, wie viele davon besetzt bzw. unbesetzt sind und wie hoch die Gesamtkosten für diese Stellen sind, jeweils rückblickend für die letzten drei Jahre sowie vorausblickend für die kommenden zwei Jahre.
Allgemeine Aussprache	Abg. **Ulf Thiele** (CDU) spricht Maßnahmen der Landesregierung an, um pensionierte Lehrkräfte für einen Verbleib im Schuldienst zu gewinnen, und bittet um Informationen zur quantitativen Entwicklung in diesem Bereich vor und nach der entsprechenden Neuregelung dazu.